



Presseschau vom 05.04.2015:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news* und *novorosinform* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform*) und *andere ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Nachts:

Gefunden auf der Facebook-Seite der Strelkow-Gruppe: eine Nachricht von Journalisten: "Die ukrainische Oberste Rada wird bis zum 9. Mai ein Gesetzspaket zum Verbot der kommunistischen Ideologie auf dem Gebiet der Ukraine bzw. zur "Entkommunisierung", wie der Leiter des ukrainischen Ministeriums für Justiz mitteilt. Am ersten April forderte der Leiter des Ministerkabinetts der Ukraine Arseni Jazeniuk die Mitglieder des Parlaments auf, die kommunistische Ideologie und den Nazismus sofort zu verbieten, die, wie er sagte, "wie Zwillingen Brüder Ideologien gegen die Menschlichkeit sind." Die ukrainischen Minister arbeiteten anschließend Rechtsvorschriften über die Verurteilung des kommunistischen und des NS-Regimes und das Verbot ihrer Propaganda. Darüber hinaus beschloss die Regierung, die Archive der Strafverfolgungsbehörden der Jahre 1917 bis 1991 freizugeben.... Russische Kommunisten versuchten, die Situation zu beeinflussen und die Führer der europäischen Länder um Hilfe zu bitten. Sie publizierten den Appell zur Beendigung des Prozess der Beseitigung der kommunistischen Partei. Die Mitglieder der KPU werden von linksgerichteten Kräften aus den Vereinigten Staaten und Europa unterstützt"

Vormittags:

Kprf.ru: Hände weg von den Kommunisten der Ukraine!

Erklärung des Präsidiums des ZK der KPRF

Die antikommunistische Hysterie fährt fort, die Ukraine zu überfluten. Die Vertreter der Macht wetteifern auf der Suche nach Anschuldigungen an die Adresse der Kommunisten und ihren Führer P. N. Simonenko. Im letzten Jahr wurde nicht nur einmal der Versuch gemacht, die KPU strafrechtlich zu verfolgen. Jedes Mal brachen sie damit ein. Dem politischen und

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

gerichtlichen Druck auf die Kommunisten der Ukraine stellte sich der aktive Protest der Weltöffentlichkeit entgegen.

Jedoch fahren die aktuelle Regierung und das Parlament der Ukraine fort, einen primitiven Nationalismus zu demonstrieren. Besessen von Wahnvorstellungen des Antikommunismus brachten die Abgeordneten mehrmals Gesetzentwürfe mit der Forderung ein, die kommunistische Partei, die kommunistische Ideologie und die traditionellen Symbole der linken Bewegung Sichel und Hammer zu verbieten. Ein weiterer schändlicher Schritt auf diesem Weg wurde der in diesen Tagen in die Oberste Rada eingebrachte Entwurf des Gesetzes "Über das Verbot des Kommunismus und des Nazismus in der Ukraine".

Der ständige Druck auf P. N. Simonenko dauert an. Am 1. April 2015 hat der Sicherheitsdienst der Ukraine seine Vorladung zum Verhör verkündet. Den Führer der kommunistischen Partei beschuldigt man des Terrorismus, dessen, dass er die russische Staatsangehörigkeit besitzt, und sogar, dass er sich auf dem vergangenen Plenum des ZK der KPRF im Präsidium der Sitzung befand. Bei den Machthabern hat die Idee der Durchführung einer internationalen Kundgebung in Kiew am 1. Mai 2015 eine besonders große Wut hervorgerufen.

Erinnern wir uns, Ähnliches geschah schon in den 1930er Jahren in Hitlerdeutschland. „Die braune Pest“, die sich durch Europa wälzte, begann ihren Weg mit den Repressalien gegen die Kommunisten. Heute sind diese menschenfeindlichen Ideen und Methoden von den Bandera-Anhängern in der Ukraine übernommen worden. Und mit solchem Gepäck beabsichtigen sie, in die Europäische Union einzutreten!

Am Vorabend des 70. Jahrestages des Sieges über den Faschismus appellieren wir an alle wirklich demokratischen Kräfte der Welt, sich im Kampf gegen Neofaschismus und Reaktion zu vereinen. Die Erfahrung der progressiven Kräfte der Welt im Kampf mit dem Faschismus im zwanzigsten Jahrhundert ist nicht vergessen. Nicht vergessen sind auch die Urteile des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals. Es ist die Zeit gekommen, diese gemeinsame Erfahrung des Sieges über das weltweite Übel in den Mittelpunkt zu rücken. Heute erklären wir entschlossen:

Kein Faschismus in der Ukraine!

Kein Faschismus in Europa!

Hände weg von der kommunistischen Partei der Ukraine!

Der Vorsitzende des ZK der KPRF

G.A.Sjuganow.



http://cs1.kprf.ru/images/newsstory_illustrations/daylist/b4367e_logo.jpg

Dan-news.info: Die DVR stoppt den Prozess des Austauschs von Gefangenen mit Kiew bis zur Regelung der Frage der Untergruppen der Kontaktgruppe. Dies erklärte heute der offizielle Vertreter der DVR in der Kontaktgruppe, der stellvertretende Sprecher des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin.

„Es ist notwendig, den Gefangenenaustausch zu stoppen bis zur offiziellen Entscheidung über die personelle Zusammensetzung aller vier Arbeitsgruppen zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen“, sagte er.

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Er erinnerte daran, dass diese Gruppen gemäß Punkt 13 des Minsker Maßnahmekomplexes zur Erfüllung aller Aspekte der friedlichen Regelung geschaffen werden müssen. Darunter auch bezüglich der Gefangenen.

„Es muss vier solcher Gruppen geben: zu Fragen der Ökonomie und des Wiederaufbaus, zu Flüchtlingen und humanitärer Zusammenarbeit, zur Verfassungsreform und Wahlen, zur Sicherheit“, unterstrich der bevollmächtigte Vertreter der DVR bei den Friedensverhandlungen.

Nach seinen Worten „könnte sich die Arbeitsgruppe zur humanitären Zusammenarbeit mit dem Austausch von Gefangenen befassen“. „Im Rahmen dieser Gruppe wäre es möglich, die entstandene Meinungsverschiedenheiten zur Zahl und zur Regelung des Austauschs von festgehaltenen Personen zu lösen“, denkt der Politiker.

Alle Gruppen müssen gleichzeitig gebildet werden, fügte er hinzu. „Und solange es sie nicht gibt, gibt es auch kein gesetzliches Format für die Erörterung und Realisierung der Fragen. Darunter auch solcher nicht aufschiebbarer wie dem Austausch von Gefangenen“, erklärte Puschilin.

Dan-news.info: In den letzten 24 Stunden wurden 16 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung durch ukrainische Truppen festgestellt, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit. Darunter waren vor allem Schüsse aus Granatwerfern, aber auch zwei Versuche von Angriffen mit Panzern.

Unter das Feuer der ukrainischen Seite gerieten Gorlowka, Spartak, Schirokino, Nowaja Marjewka und der Donezker Flughafen. Nach Mitteilung des Verteidigungsministeriums wurden während dieser Beschüsse zwei Soldaten der DVR getötet, zwei weitere wurden schwer verletzt.

Das Verteidigungsministerium unterstreicht, dass das Feuer auf die Positionen der ukrainischen Streitkräfte nicht erwidert wurde.

De.sputniknews.com: Nach der Entlassung des einflussreichen Milliardärs Igor Kolomoiski als Dnjepropetrowsk-Gouverneur will der ukrainische Präsident Pjotr Poroschenko auch die anderen Oligarchen an die Kandare nehmen. Der Staatschef wirft den Oligarchen vor, das Land ins Chaos stürzen zu wollen.

„Die ukrainischen Oligarchen wollten Chaos und Regellosigkeit in unserem Land“, sagte Poroschenko in einem Interview für den TV-Sender „5 Kanal“. „Es ist die Pflicht der Regierung, sie (die Oligarchen) auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.“ Das bedeute, dass „die Oligarchen Steuern zahlen, sich ans Gesetz halten und keine Präferenzen haben müssen.“

Poroschenko selbst war 2013 vom US-Magazin Forbes mit einem geschätzten Vermögen von 1,6 Milliarden US-Dollar auf Platz sieben der ukrainischen Oligarchen gelistet worden. Nach der ukrainischen Präsidentschaftswahl 2014, die Poroschenko mit 54 Prozent gewonnen hat, warfen die Beobachter dem Schokoladenmilliardär vor, Regierungsämter an seine Geschäftspartner und Freunde vergeben zu haben...

Lug-info.com: In der nächsten Woche wird in der französischen Partnerstadt von Lugansk – Saint-Étienne – ein Benefizkonzert anlässlich des Jahrestages der Gründung der Lugansker staatlichen Kultur- und Kunstakademie Matukowskij stattfinden. Darüber informierte während einer Skypekonferenz ein Vertreter des kommunalen musikalischen Zentrums der Kommune Roche-la-Molière (Departement Loire)....

„Wir möchten, dass Sie wissen, dass wir Ihre Freunde bleiben, an Sie denken“, sagten die Franzosen. „Wir möchten nach Lugansk reisen, wie es geplant war. Und in der nächsten

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Woche wird auf einer der Plätze von Saint-Étienne ein Benefizkonzert zugunsten Ihrer Akademie stattfinden“.

„Der Krieg beginnt in den Köpfen der Menschen“, sagte der Rektor der Hochschule Walerij Filippow, „und da hört er auch auf. Wenn wir weiterhin befreundet sind, echte menschliche Beziehungen haben, wie es zwischen uns der Fall ist, dann wird überhaupt nirgends Krieg sein“.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Die Rada (ukrainisches Parlament) will die kommunistische Ideologie völlig verbieten. Entsprechende Gesetze sollen bis zum 9. Mai verabschiedet werden, wie Justizminister Pawel Petrenko mitteilte. Zuvor hatte Präsident Poroschenko Mitglieder der Kommunistischen Partei für die Bombenanschläge in der Hafenstadt Odessa verantwortlich gemacht.

Die Regierung habe Gesetze über eine „Dekommunisierung“ bereits in der Rada eingebracht, sagte Petrenko nach Angaben der Agentur UNN.

Am Mittwoch hatte der ukrainische Geheimdienst SBU berichtet, eine Verbrecherguppe entlarvt zu haben, die hinter den Sprengstoffanschlägen auf Büros von Euromaidan-Anhängern und der Nationalistenbewegung „Rechter Sektor“ in Odessa stecken soll. Am Tag darauf teilte der ukrainische Präsident Pjotr Poroschenko mit, dass es bei den Verdächtigen um Mitglieder der Kommunistischen Partei handle. „Der Präsident teilte mit, dass in Odessa Mitglieder der Kommunistischen Partei festgenommen wurden, die zehn Terrorattacken verübt hatten“, informierte Poroschenkos Presseamt am Donnerstag.

Nach dem ukrainischen Umsturz vom Februar 2014 hatte die Kommunistische Partei den Truppeneinsatz der neuen Regierung gegen die Regimegegner in östlichen Regionen Donezk und Lugansk als „Krieg gegen das eigene Volk“ kritisiert. Daraufhin forderte der damalige Interimspräsident Alexander Turtschinow das Justizministerium auf, die Kommunistische Partei auf eine Zusammenarbeit mit den ostukrainischen Milizen zu überprüfen und, falls Beweise vorliegen, zu verbieten. Im Juli beantragte das Justizministerium vor Gericht ein Verbot der KP. Gleichzeitig beschloss die Regierungskoalition eine Zwangsauflösung der kommunistischen Fraktion in der Rada.

Lug-info.com: Wenn die Personen, die vor einem Jahr die Macht in Kiew ergriffen haben, auf die Demonstrierenden im Donbass damals gehört hätten, so wäre die Ukraine eins geblieben, möglicherweise sogar einheitlich. Diese Auffassung vertrat der Vorsitzende des Ministerrats der LVR Gennadij Zypkalow.

„Wenn man es in Kiew wirklich versucht hätte, wenn man auf uns gehört hätte, so wäre keine Ströme von Blut vergossen worden und es gäbe heute eine ganze Ukraine“, sagte er. Das schrecklichste ist seiner Meinung nach, dass der Starrsinn Kiews zu großen Opfern unter der Zivilbevölkerung und zu einer humanitären Katastrophe im Donbass geführt habe. Durch einen Erlass des Oberhauptes der LVR Igor Plotnizkij wird in der LVR ein Gedenktag eingeführt – der 6. April.

„Mit dem Ziel das Andenken an die schicksalhaften Ereignisse des 6. April 2014 zu erhalten und eine Tradition des Staates Lugansker Volksrepublik einzuführen, die den unschätzbaren Beitrag der Patrioten der Lugansker Region berücksichtigt, die das Gebäude des Sicherheitsdienstes der Ukraine in Lugansk unter ihre Kontrolle genommen haben, wird in der LVR ein Gedenktag am 6. April eingeführt“, heißt es in dem Erlass.

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Dnr-online.ru: Kommentar des Außenministeriums der DVR bezüglich des Versuchs der Vernichtung der kommunistischen Ideologie in der Ukraine:

Gestern, am 4. April, wurde bekannt, dass die Oberste Rada bis zum 9. Mai eine Reihe von Gesetzesentwürfen über das Verbot der kommunistischen Ideologie in der Ukraine annehmen wird. Das Paket zur „Entkommunisierung“ schließt nicht nur die Anerkennung der kommunistischen Regierungen als verbrecherisch ein, sondern auch das Verbot der Symbolik, darunter auch von roten Fahnen. Auf diese Weise wird das Banner, das im Mai 1945 auf dem Reichstag gehisst wurde, verboten.

Das Außenministerium äußert seine Nichtübereinstimmung mit der Politik der Regierung der Ukraine. Neben Versuchen die Geschichte umzuschreiben (über den Angriff sowjetischer Truppen auf die Ukraine und darüber, dass Auschwitz von Ukrainern befreit wurde), dem Abreißen von Lenindenkmälern, der Abschaffung des Tages des Verteidigers des Vaterlandes (23. Februar), wird die nächste Stufe auf die Bezeichnung kommunistischer Regierungen als „gegen die Menschheit gerichtet“ sein.

Eingeschlossen in die kommunistische Ideologie ist die Fahne des Großen Sieges, die Gleichsetzung einer kommunistischen Regierung mit einer „faschistischen“, dass die Worte „Kommunismus“ und „Nazismus“ auf eine Stufe gestellt werden, das Verbot der Symbolik des Großen Vaterländischen Kriegs – dies ist die nächste gegen das Volk gerichtete Entscheidung, die die Ehre und Würde der Befreier vom Faschismus auf der ganzen Welt verletzt.

Wir verurteilen solche Gesetzesentwürfe entschieden und erwarten, dass sie nicht die nötige Anzahl an Stimmen für ihre Annahme erhalten werden.

De.sputniknews.com: Vor dem Hintergrund der Waffenruhe mit Kiew hat die nicht anerkannte Donezker Volksrepublik eine Zwangs-Entwaffnung ihrer Bürger angekündigt. Die Mehrheit der bewaffneten Gruppen hat nach Angaben der Führung in Donezk bereits ihre Waffen abgegeben.

Die Donezker Volksrepublik und die benachbarte Lugansker Volksrepublik hatten bereits am 30. März Entwaffnungskampagnen verordnet. Alle Einwohner, die nicht bei den offiziellen bewaffneten Strukturen dieser Regionen arbeiten, hatten bis zum 4. April Zeit, um ihre Waffen und Munition freiwillig abzugeben.

„Die freiwillige Waffenabgabe ist beendet“, sagte der Donezker Vize-Verteidigungsminister Eduard Bassurin am Sonntag zur Agentur Interfax. Nach seinen Angaben hat die Mehrheit der bewaffneten Gruppen bereits ihre Waffen abgegeben. „Ab heute beginnt die Zwangs-Entwaffnung.“ Auch in der Volkrepublik Lugansk haben viele Einwohner nach Angaben der dortigen Behörden die Waffen bereits abgegeben. „Gestern war offiziell der letzte Tag für die freiwillige Waffenabgabe. Dennoch setzen wir diese Arbeit fort“, sagte der Lugansker Premierminister Gennadi Zypkalow...



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30149/88/301498856.jpg>

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Lug-info.com: Ein Fahrzeug mit Kiewer Soldaten ist im Gebiet von Stschastje auf eine Mine gefahren, die von ukrainischen Soldaten verlegt worden ist. Dies teilte der Pressedienst der Volksmiliz mit.

Zuvor hatte heute der Sprecher der „Lugansker militärisch-zivilen Oblastverwaltung“ Jaroslaw Galas mitgeteilt, dass ein Lastwagen mit Kiewer Soldaten auf eine Sprengmine gefahren ist, während er über eine Brücke über den nördlichen Donez nahe der Stadt Stschastje fuhr. In der Folge starben vier Menschen.

Später schoben eine Reihe ukrainischer Massenmedien die Verantwortung für den Vorfall den Milizen der LVR zu. Das Innenministerium der Ukraine bestätigte, dass die Brücke durch die Kiewer Seite vermint wurde.

„Nach den Aussagen von Milizangehörigen, die sich in der Nähe befanden, fuhr das Fahrzeug auf eine Sprengmine. Die Brücke war durch die ukrainischen Truppen selbst vermint worden“, wurde in der Volksmiliz erklärt.

Im Pressedienst wurde erklärt, dass in diesem Gebiet kein Beschuss stattfindet. „Die Milizen haben keinen Beschuss durchgeführt“, kommentierte ein Gesprächspartner die Mitteilung des Innenministeriums der Ukraine, dass die Explosion in Folge des Einschlags eines reaktiven Geschosses in die Minenbarriere auf der Brücke erfolgte.

De.sputniknews.com: Miloš Zeman hält an seiner geplanten Reise zur Siegesfeier am 9. Mai in Moskau fest und hat die Kritik des US-Botschafters scharf zurückgewiesen. Laut dem tschechischen Präsidenten sollte sich der US-Diplomat mit seinen Ratschlägen zurückhalten.

„Ich kann es mir nicht vorstellen, dass der tschechische Botschafter in Washington dem amerikanischen Präsidenten Ratschläge darüber gibt, wo er hinfahren soll“, sagte Zeman in einem Interview für Parlamentní listy (Sonntagsausgabe). „Ich gestatte es keinen Botschaftern, sich mit Ratschlägen über meine Auslandsreisen einzumischen“.

Zeman hatte Ende März bekräftigt, dass er am 9. Mai in Moskau an den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Sieges über Hitler-Deutschland teilnehmen werde. Er sei stolz, nach Moskau zu reisen, sagte der Präsident. Daraufhin erlaubte sich der neue US-Botschafter in Prag, Andrew Schapiro, kritische Äußerungen über Zeman. „Ich denke, dass die Türen der Prager Burg (Residenz des tschechischen Präsidenten) für den Botschafter Schapiro nach seinen Äußerungen geschlossen sind“, kommentierte Zeman. Andrew Schapiro war im August 2014 zum US-Botschafter in Tschechien ernannt worden und übergab am 30. September Präsident Zeman seine Beglaubigungsschreiben.

Vor dem Hintergrund der Spannungen mit Russland wegen der Ukraine-Krise hatten sich einige westliche Politiker geweigert, zu den Siegesfeierlichkeiten am 9. Mai nach Moskau zu reisen. Auch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel wird nicht am 9. Mai, sondern erst am 10. Mai nach Moskau kommen, um der Kriegsoffer zu gedenken und an der Kreml-Mauer Blumen niederzulegen.

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30178/13/301781324.jpg>

Lug-info.com: Vor einem Jahr „forderten die Bürger des Lugansker Gebiets von der Kiewer Regierung nichts Übernatürliches, sondern mehr Vollmachten und die Beendigung der Verfolgung von Kämpfern der Spezialeinheit des Innenministeriums „Berkut“. Dies erzählte der Vorsitzende des Volkssowjets der LVR Alexej Karjakin.

„Die Forderungen waren einfach und heute schlägt die Ukraine in vielem die Kompromisse vor, die wir damals gefordert haben, denn über eine Schaffung der Republik hat vor einem Jahr noch niemand gesprochen“, sagte er.

Nach den Worten Karjakins lief die letztjährige Rhetorik Kiews darauf hinaus, dass das Volk des Donbass kein „Recht auf die russische Sprache“ hat und dass die Einwohner der Oblaste Donezk und Lugansk „dafür geboren sind andere zu versorgen“.

„Gerade aus diesem Grund haben sich die Vertreter des Volkes an die Kiewer Regierung gewandt und gefordert: Seid so freundlich und erklärt euer Verhalten und eure Handlungen, und ihnen wurde offen geantwortet: „ihr seid Dummköpfe und mit Dummköpfe diskutiert man nicht. Dies wurde der Funke, der die Explosion hervorbrachte“, meint Karjakin.

„Mit ihren Handlungen hat die Regierung in Kiew das Volks des Lugansker Gebiets „angefacht“. Normale Bürger gingen auf die Straßen, normale Einwohner von Lugansk und dem Oblast Lugansk. Deshalb ist es der Wunsch der Ukraine zu zeigen, dass es hier angeblich eine russische Aggression gab. Nein, hier ist schon lange ein Konflikt herangereift“, sagte das Oberhaupt des Volkssowjets der LVR.

Abends:

Rusvesna.su: Am 1. Mai planen die Kommunisten der Ukraine, in Kiew eine antifaschistische Kundgebung durchzuführen. In der KPRF hat man die Einladung der ukrainischen Genossen angenommen, eventuell reist der Führer der russischen Kommunisten Gennadij Sjuganow selbst Kiew.

Dies berichtete gegenüber «der Russischen Nachrichtenagentur» der erste Stellvertretende Vorsitzende des Komitees der Staatsduma zu Fragen der Nationalitäten, der Abgeordnete der KPRF Walerij Raschkin.

„Die kommunistische Partei der Ukraine lädt alle linken Kräfte ein, an der Kundgebung in Kiew teilzunehmen. Wir sind bereit und haben gesagt, dass wir dorthin fahren werden. Der 1.

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Mai ist der antifaschistische Tag der Solidarität. Ich schließe nicht aus, dass auch der Vorsitzende der KPRF fahren wird“, erklärte Raschkin...



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/zyuganov_kprf.jpg?itok=OfGdMu4Y

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.